



Alternativantrag

der Fraktion der SPD

zu „Energiewende mit innovativen Technologien erfolgreich umsetzen“ (Drs. 19/316)

Die Energiewende mit Innovation und Akzeptanz erfolgreich umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich zu einem erfolgreichen Gelingen der Energiewende. Mensch-gemachten Klimaveränderungen konkrete Handlungskonzepte entgegenzusetzen darf kein rhetorisches Bekenntnis sein.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Einspeisevorrang und die Einspeisevergütung im EEG erhalten bleiben. Auf Landesebene fordert der Landtag die Landesregierung auf, die vereinbarten Ziele des Energiewende- und Klimaschutzgesetzes umzusetzen.

Mit den Fortschritten der Energiewende folgen neue Anforderungen an die lokale Wirtschaft, an die Verwaltung und an die Bürgerinnen und Bürger.

Die Forschung im Bereich der erneuerbaren Energien sowie der Wissens- und Technologietransfer ist als eine zentrale Säule für die Energiewende zu definieren und weiter zu stärken durch:

- eine zentrale Stelle für den Wissenstransfer zwischen Forschenden, Unternehmern und Verbrauchern sowie die Optimierung von Beratungsinstrumenten auf Landes- und kommunaler Ebene,
- die Bereitstellung von Mitteln zur Schaffung von zusätzlichen Lehrstühlen für die Erforschung innovativer Nutzungsmöglichkeiten für alle Arten der erneuerbaren Energien sowie die Entwicklung von Speichertechnologien,
- verstärkten Wissens- und Innovationstransfer im Rahmen der Beteiligung an bestehenden internationalen Forschungsprojekten und durch Initiierung neuer grenzüberschreitender Projekte,
- die Förderung von Gründerzentren zur Vernetzung von Start-Ups mit akademischen- und Ausbildungsberufen sowie mit bereits etablierten Unternehmensnetzwerken der freien Wirtschaft.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Dezentralisierung der Energiewende zu fördern, um die Akzeptanz vor Ort zu stärken. Dazu gehören:

- die Bereitstellung von Fördermitteln für dezentrale Projekte,

- der Ausbau von Beratungsangeboten für Kommunen und Bürgerinnen und Bürger nach dem erfolgreichen Modell der Energie- und Klimaschutzinitiative (EKI),
- erweiterte Teilhabeoptionen auf kommunaler Ebene und für einzelne Bürgerinnen und Bürger,
- die Kontrolle und Evaluierung der landesweiten Beteiligungsfortschritte durch den Energiewendebeirat,
- die Dokumentation der Fortschritte der verstärkten Dezentralisierung im jährlichen Energiewende- und Klimaschutzbericht.

Thomas Hölck
und Fraktion